Ein paar Bürger der Seestadt begrünen auf eigene Faust ihre Nachbarschaft – und Wien schickt eine Rechnung. Will die Stadt überhaupt Teilhabe? Über das schwierige Leben von **Bürgerinitiativen** in Wien.

Wiener, engagiert euch! Aber bitte nicht zu viel

VON TERESA WIRTH

Die meisten Kletterpflanzen, die auf die Pergola emporranken und im Sommer Schatten spenden, haben sich in die Winterpause verabschiedet. Doch auch an einem sonnigen Herbsttag im November ist die Laube, mit den aus Holz gezimmerten Möbeln darunter und Sträuchern und Blumen rundherum ein einladender Ort.

Zum Verweilen, ausruhen, abkühlen oder Nachbarn treffen. Die „Seestadt Lounge" passt gut hierher, mitten auf den Hannah-Arendt-Platz, dem zentralen Platz des Vorzeigestadtviertels Seestadt Aspern in der Donaustadt.

Ganz so, als hätte sie die Stadt für seine Bürger geplant. Bloß, dass die die Seestadt-Lounge mit eigenen Kräften und Ressourcen auf die Beine gestellt haben. Weil ihnen ihr Viertel zu grau und zu lieblos war. Nun sollen sie die Stadt dafür bezahlen.

„Ein Schlag ins Gesicht", so beschreibt Sabi Rimanóczy den Moment, als die Rechnung hereingeflattert sei. Rund 1000 Euro pro Jahr müsse der von ihm und seiner Frau gegründete Verein „SeeStadtgrün" an die Stadt zahlen. Als Nutzungsgebühr der 400 Quadratmeter großen Fläche, auf der seit Sommer 2022 die Seestadt-Lounge steht. „Wir verdienen daran nichts, es ist komplett öffentlich, wir reinigen, gießen und haften für die Fläche. Warum wir dafür noch zahlen sollen, ist schwer nachvollziehbar." Schließlich habe er die Fläche nicht zum Spaß umgestaltet. „Wir wollten ein Zeichen setzen", sagt Rimanóczy. Wie die Seestadt aussehen könnte, würde man sie ordentlich begrünen.

Was besonders absurd erscheint: Die von der Initiative begrünte Fläche ist Teil jener rund 5000 Quadratmeter, die im Masterplan der Seestadt als „Gestaltungszonen" ausgewiesen wurden und somit für die temporäre Aneignung durch die Bewohner vorgesehen waren. Gestaltet wurde bis dato wenig, vieles sei an bürokratischen und rechtlichen Hürden gescheitert, erzählt Rimanóczy. „Jetzt kommen Mitarbeiter der Stadtgärten alle paar Wochen und reißen die Pflanzen, die dort wachsen, aus den Schotterflächen."

Dabei ist Rimanóczy mit seiner Frau Katarina extra dafür – sogar aus den USA – hierhergezogen: Damit ihre Kinder in einer urbanen, aber naturnahen Umgebung aufwachsen. „Wir haben schon 2011 das Konzept gesehen, die Vision hat uns gefallen. Damals gab es nur Visualisierungen, die waren alle sehr, sehr grün." Davon sei nicht viel übrig, sagt er. Die Rimanóczys waren unter den ersten Bewohnern in der Seestadt und erlebten, „wie ein Platz nach dem anderen versiegelt wird." Irgendwann hätten seine Frau und er entschieden, „nicht mehr zu jammern. Wir haben angefangen, mit Menschen zu reden, und festgestellt: Es geht nicht nur uns so." Es war der Start des Vereins SeeStadtgrün, der sich unter anderem dafür einsetzt, dass die grauen Schotterflächen rund um die Seestädter Straßenbäume ebenfalls begrünt werden.

Demokratiehauptstadt? Wienerinnen und Wiener wie die Rimanóczys gibt es viele. Es sind die, die ihre Stadt und ihre Nachbarschaft mitgestalten und verschönern wollen. Sie werden in Vereinen aktiv, gründen Bürgerinitiativen, haben Ideen – und stoßen sehr oft an Grenzen. Denn obwohl sich die Stadt die Möglichkeiten der Partizipation und Mitgestaltung an die Fahnen heftet und erst diese Woche froh verkündete, als eine von fünf Städten im Rennen für die „Europäische Demokratiehauptstadt 2024" zu sein, haben es engagierte Bürger schwer. Oft finden sie sich einem Dschungel aus Bürokratie und undurchsichtigen Partizipationsprozessen gegenüber.

Sabi und Katarina Rimanóczy waren unter den ersten Bewohnern der Seestadt. Seitdem kämpfen sie um mehr Grünraum in dem Stadtteil. /// Akos Burg

Barbara Laa kennt das. Die Verkehrswissenschaftlerin und Aktivistin hat mit Mitstreitern vor Kurzem die Plattform „Wir machen Wien" ins Leben gerufen, mit der sie Wissen und Erfahrungen von Bürgerinitiativen zu den Themen öffentlicher Raum und Mobilität sammeln, austauschen und weitergeben wollen. „Damit man sich als Bürger nicht so verloren fühlt und nicht so leicht verhöhnen lässt. Und die Rechte wahrnehmen kann, die man hat."

Dass das gar nicht so einfach ist, hat Laa selbst gemerkt, als sie vor drei Jahren „Platz für Wien" mitgründete. Die Bürgerinitiative setzte sich für mehr Platz und Sicherheit für klimagerechte Fortbewegungsmittel wie Radfahren und zu Fuß Gehen ein, forderte Verkehrsberuhigung, autofreie Schulvorplätze, großflächige Begrünung. Obwohl sie mit ihrer Petition von 57.000 Unterschriften die wohl erfolgreichste Initiative der jüngeren Wiener Vergangenheit war, es mit zahlreichen Medienberichten und Aktionen zu großer Bekanntheit brachte, sagt Laa heute: „Wir wurden nicht gehört und nicht ernst genommen."

Mit dem Petitionsausschuss der Stadt Wien, bei dem jede Petition mit 500 Unterschriften vorsprechen darf und der somit eines der wichtigsten Instrumente der direkten Demokratie der Stadt ist, hat Laa keine guten Erfahrungen: „Es ist ein zahnloses Instrument." Die Anliegen der Bürger würden mit dem Ausschuss abgefangen, „aber dringen nicht zu den Zuständigen vor", sagt Laa. Die Empfehlungen, die der Ausschuss nach Prüfung einer Petition an die Stadtverwaltung weitergebe, seien „nichtssagend", meint Laa. „Man fühlt sich verarscht."

„Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass man mit einer Petition die Politik dazu bringt, etwas zu beschließen, was nicht in ihre Agenda passt", sagt auch der Klima-Aktivist und Filmemacher Christoph Schwarz, der bereits zwei Petitionen einbrachte, um Parkspuren in der Stadt anders zu nutzen. Dennoch hält er den Petitionsausschuss für eine gute Möglichkeit, um Diskussionen anzuregen.

Wien betreibe „Particitainment", kritisiert Schwarz, also das Inszenieren von Beteiligung anstatt echter Teilhabe. So habe er etwa bei zwei groß angelegten Partizipationsprojekten der Stadt, „Wien wird Wow" sowie das „Wiener Klimateam", Projekte eingereicht. „Sie wurden im Vorhinein aussortiert. Wenn zuerst eine Jury festlegt, worüber Bürger entscheiden dürfen, ist das nicht transparent oder demokratisch." Ihm wäre es lieber, wenn „die Ressourcen, die ins Vortäuschen von Bürgerbeteiligung fließen", gleich in Klimamaßnahmen gesteckt würden. Laut einer von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebenen Studie von 2022 („Bestandsanalyse und Zukunftsorientierung einer gerecht (er)en Stadtplanung") werde „Particitainment" auch in Wien betrieben, indem vor allem kleine gestalterische Entscheidungen abgegeben werden. Je größer und lukrativer die Projekte sind, desto weniger will sich die Stadt hineinreden lassen.

Laute Minderheit? Alle Bürger wird die Stadt allerdings ohnehin nie zufrieden stellen können. Seit Anfang dieses Jahres wurden etwa rund 60 Petitionen eingebracht, dazu kommen zahlreiche Bürgerinitiativen in den verschiedensten Bezirken und Grätzeln. Sprechen Sie für alle Einwohner, oder sind sie nur eine laute Minderheit, die ihre Anliegen durchzubringen versuchen?

Natürlich könne man das behaupten, sagt Laa. „Wenn man aber ein umfangreiches Beteiligungsverfahren macht, kommt man auch an die Leute, die sich nicht ohnehin engagieren. Man bekommt ein vollständiges Bild."

Für solche Verfahren ist in Wien in 13 Bezirken die Lokale Agenda 21 zuständig. Der Verein bringt im Auftrag der Stadt Bürgerinnen, die Verwaltung und Politik an einen Tisch, um, wie Geschäftsführerin Sabrina Halkic sagt, „Projekte auf Augenhöhe" zu diskutieren. Das passiert auf Bezirksebene, und ist bei vielen Umgestaltungsprojekten mittlerweile Usus in Wien. Das Bewusstsein, dass Planungen besser werden, komme immer mehr in der Politik an, sagt Halkic. „Die Bürger sind die Experten ihres Alltags und wissen, wo der Schuh drückt. Die Stadtverwaltung kann gar nicht so genau hinschauen, um die Herausforderungen jeder einzelnen Gasse zu kennen", sagt Halkic. Andererseits könne man dem Politikverdruss entgegenwirken. „Gerade bei großen Herausforderungen wie der Klimakrise haben viele das Gefühl, nichts beitragen zu können. Innerhalb von ein paar Monaten ein Projekt umzusetzen, kann sehr empowern."

> »Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass man mit einer Petition die Politik zu etwas bringt.«
> **CHRISTOPH SCHWARZ**
> Aktivist und Filmemacher

Dennoch: Sich zu erwarten, dass man Wünsche abladen könne und die dann genau so umgesetzt werden, könne man nicht, meint Halkic. „Wichtig ist der Aushandlungsprozess, um auch die anderen Seiten und deren Bedürfnisse besser zu verstehen."

Genau das ist es, was sich Rimanóczy wünscht. „Dass Bewohner auf Augenhöhe mit der Stadtverwaltung reden, dass wir gemeinsam Lösungen finden." Doch in sechs Jahren habe sich die Stadt kaum darum bemüht. Sein Ansuchen um Förderung und Gebührenerlass wurden abgelehnt, Briefe an Planungsstadträtin Ulli Sima blieben unbeantwortet. „Ich glaube, dass wir als unangenehm empfunden werden, weil wir ein Problem aufzeigen. Aber man kann Probleme nicht immer unter den Teppich kehren."

Der Verein Seestadtgrün macht nun mit einer Petition für mehr Grünraum in der Seestadt auf sich aufmerksam. Das dürfte bereits Früchte tragen: Erst diese Woche habe die Stadt angeboten, die Nutzungsgebühr für die Seestadt-Lounge um die Hälfte zu reduzieren. Für ein Jahr werde man es annehmen, sagt Rimanóczy, dann weitersehen. „Eigentlich geht es uns ums Prinzip. Warum sollen die Bewohner auch nur einen Cent an die Stadt dafür zahlen, dass sie auf eigene Kosten öffentliche Flächen aufwerten?" ////